

Verkehrsausschuß: Sorge über Einschränkungen der Bundesbahnfahrpläne

Mit der Konzeption der Deutschen Bundesbahn für Nordrhein-Westfalen befaßte sich der Verkehrsausschuß in einer ganz-tägigen Sitzung unter Vorsitz von Erich Kröhan (SPD). Dabei standen die zum 31. Mai geplanten Fahrpläneinschränkungen im Mittelpunkt der Diskussion.

In einer von der SPD-Fraktion vorgelegten Entschließung bekräftigte der Ausschuß seinen Standpunkt, bei Entscheidungen über die Netzkonzeption der Deutschen Bundesbahn einschließlich der Fahrplangestaltung neben betriebswirtschaftlichen Überlegungen auch den struktur- und raumordnungspolitischen Plänen des Landes Nordrhein-Westfalen Rechnung zu tragen. Die CDU enthielt sich der Stimme, da die SPD-Mehrheit inhaltliche Änderungswünsche zu der Entschließung abgelehnt hatte. Zu Beginn der Beratungen unterstrich Vorsitzender Kröhan gegenüber den Vertretern der Deutschen Bundesbahn, der Verkehrsausschuß erwarte eine umfassende Information über die tatsächlichen Absichten der Bundesbahn für Nordrhein-Westfalen. Dabei sei die Verkehrsbedeutung des ländlichen Raumes von besonderem Interesse.

Mit Sommerfahrplan

Leitender Ministerialrat Voß vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr bedauerte, mit den zum Sommerfahrplan eintretenden Fahrpläneinschränkungen gebe die Bundesbahn offensichtlich den nichtinvestiven Maßnahmen Vorrang bei ihrem Versuch, den Schienenpersonennahverkehr wirtschaftlicher zu gestalten. Rechtliche Möglichkeiten, Fahrpläneinschränkungen zu verhindern oder abzuschwächen, habe die Landesregierung nicht. Er verwies auf die drastischen Einschränkungen im Jahr 1975 und deutete an, in Fahrpläneinschränkungen könne man auch die Vorstufe von zukünftigen Streckenstilllegungen sehen. Bei fairer Betrachtungsweise müsse man allerdings den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 27. Juni 1979 berücksichtigen, der die Deutsche Bundesbahn zur „raschen Verwirklichung aller Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, insbesondere auch im hochdefizitären Schienenpersonennahverkehr“, verpflichtet habe.

(Fortsetzung folgt)

Deutlich über der Pflichtquote für die Beschäftigung von Schwerbehinderten (6 Prozent) liegt mit 8,1 Prozent der Kultusminister. Mit dieser Feststellung reagierte das Ministerium auf einen Bericht in der vorletzten Ausgabe von „Landtag intern“, in dem es versehentlich geheißen hatte, daß die „obersten Landesbehörden“ Schwierigkeiten haben, die gesetzlich festgelegte Pflichtquote zu erfüllen; Arbeitsminister Farthmann hatte jedoch in diesem Zusammenhang von der „Landesverwaltung insgesamt“ gesprochen.

Porträt der Woche

Wenn man im Zusammenhang mit ihrem Lebenslauf das Wort „Emanzipation“ erwähnt, verdunkelt sich ihr sonst stets freundliches Gesicht. „Ich mag diese Vokabel nicht“, meint sie. Und doch ist Hildegard Matthäus (Jahrgang 34) in die Politik gegangen, „um es den Männern zu zeigen“. Männlicher Hochmut hat sie herausgefordert.

Ein Lehrer der Handelsschule in Mülheim hatte ihr politisches Interesse erkannt und sie 1951 mit in einen Kreis genommen, der sich „Gespräche am runden Tisch“ nannte. Er bestand aus lauter Männern, die am ersten Abend förmlich und ernsthaft darüber einen Beschluß faßten, ob die damals 17jährige dableiben und den klugen Reden der Herrenrunde lauschen dürfe. Sie durfte. Als sie sich nach fünf Wochen zu Wort meldete, wurde erneut abgestimmt, ob das zulässig sei. Eine knappe Mehrheit erlaubte Hildegard Matthäus ein politisches Wort, ein Teil der Männer verließ erbost den Raum.

Was fast unglaublich klingt, liegt nun 30 Jahre zurück. Heute spricht Hildegard Matthäus für die CDU-Fraktion im Landtag zu Schul- und Kulturfragen. Gleich in der ersten Aktuellen Stunde hielt sie ihre Jungferrede, selbstbewußt und mit viel Beifall ihrer Leute bedacht.

In die CDU ist Hildegard Matthäus 1961 eingetreten. Warum in diese Partei? „Weil Konrad Adenauer mich fasziniert hatte“, sagt sie. Ihr Elternhaus hatte keinen Anstoß gegeben. Der Vater, Eisenbahner, war zwar in der evangelischen Kirche engagiert, aber nicht Mitglied einer Partei. Sie gehört dem Stadtparlament von Oberhausen, wohin sie aus beruflichen Gründen umsiedelte, seit 1964 an. Im Rat der Stadt sitzt sie in neun Ausschüssen. Seit 1979 ist sie Vorsitzende des Kulturausschusses. Ihr wurde der Ehrenring der Stadt verliehen. Sie ist einzige Frau im Zweckverband für Müllverbrennung im Raum Duisburg, Oberhausen und Kreis Wesel, wie sie schmunzelnd erzählt.

Ziel ihrer politischen Karriere war immer schon der Landtag. Nach einem vergeblichen Anlauf 1975 auf einem aussichtslosen Platz schaffte sie es 1980 als zweite rheinische Frau über die Reserveliste. Sie kam gleich in die Ausschüs-



Hildegard Matthäus (CDU)

se für Schule und Kultur. Zunächst habe sie große Hoffnungen auf die Gesamtschule gesetzt, sagt sie. Vor allem der Gedanke, daß jeder Schüler nach seinen Möglichkeiten individuell gefördert werden solle, habe sie angesprochen. Aber die Versuche seien „nicht so gelaufen“. Sie glaubt nicht, daß die „viel zu teuer geratene“ Gesamtschule im Landtag Gesetz wird. „Die Bürger sind so auf der Palme, daß die CDU die Landtagswahlen 1985 erstmals mit dem Thema Bildungspolitik gewinnen wird“, meint sie. Wichtig sei nun die Diskussion um die Lehrinhalte für Oberstufe, Hauptschule und berufsbildende Schulen. Die Hauptschule müsse vor allem auf praktische Begabungen zugeschnitten werden.

Hildegard Matthäus, wegen ihrer Wahl pensionierte Fachoberlehrerin für Büroorganisation und Information, will sich im Landtag aber auch mit dem weiten Gebiet der Kultur beschäftigen. Den Laienorchestern und Gesangvereinen mit mehr als einer Million Mitgliedern gilt ihre Fürsorge. Wichtig ist ihr, daß Kunstgalerien, Musikschulen und andere Kultureinrichtungen nicht von den Volkshochschulen, „die unverzichtbar sind“, vereinnahmt werden. Das Land soll freien Trägern nach Kräften helfen. Hildegard Matthäus, unverheiratet, hat eine „gute Adresse“. Sie wohnt im Schloß Oberhausen, pflegt einen riesigen Garten, der manche Schwieler verunsichert. Das Schloß, so weiß sie, hat ein Graf Westerholt für eine illegitime Tochter bauen lassen.

Gerd Goch